Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **33 (2014)**

Heft 64

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

«Der Hunger ist ein organisiertes Verbrechen.»
Jean Ziegler

Gemäss den UN-Millenniumszielen sollte bis 2015 die Zahl der Menschen, die hungern müssen, halbiert werden. Dieses Ziel wird nicht erreicht werden. Dabei «könnte die Weltlandwirtschaft problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heisst, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet», hält Jean Ziegler, ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, fest. Ist Hunger also das Resultat eines Verteilungsproblems?

Mehrere Artikel dieser Nummer analysieren die Nahrungsmittelproduktion aus unterschiedlicher, lokaler, regionaler und globaler Perspektive und machen deutlich, dass andere Faktoren die Ernährungssituation viel entscheidender beeinflussen. Zentraler Punkt ist die Enteignung der kleinbäuerlichen ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln und die Herausbildung eines Oligopols von einigen wenigen multinationalen Agrarkonzernen. Abgesichert durch Freihandelsverträge, WTO-Bestimmungen und Patentrechte haben sie ihre Marktmacht kontinuierlich ausgebaut und kontrollieren heute vom Saatgut bis zum Konsum die ganze Kette der Nahrungsmittelproduktion. Wie zu Zeiten der Grünen Revolution ab den 1960er-Jahren versprechen die Agrokonzerne, mit ihrer hoch entwickelten Technologie den Hunger zu beseitigen. Real geht es ihnen ums Agrobusiness, das zeigt ihr Bestreben, weltweit auch die Ressource Boden in ihren Besitz zu bringen (land grabbing) und die Kontrolle über die Bioressourcen zu erlangen (Biopiraterie). Die Nahrungsmittelproduktion ist zum lukrativen Investitionsobjekt geworden, mit dem zunehmend spekuliert wird. Mit ihrer Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln», die im März 2013 eingereicht wurde, sagen die JungsozialistInnen deshalb dem «Geschäft mit dem Hunger» von Schweizer Banken und hier domizilierten Rohstoffhändlern den Kampf an.

Nur ein Bruch mit der agroindustriellen Entwicklung kann das Hungerproblem letztlich lösen und der zunehmenden Zerstörung von Umwelt und Biodiversität durch Gifte und Gentechnologie Einhalt gebieten. In diesem Zusammenhang greifen verschiedene Beiträge in diesem Heft auf das politische Konzept der Ernährungssouveränität – von La Via Campesina, der globalen Bewegung von KleinbäuerInnen, LandarbeiterInnen und Landlosen 1996 lanciert – zurück. Demnach soll Nahrung in Selbstbstimmung auf nachhaltige Weise primär für die lokale und regionale Bevölkerung (Subsistenz) produziert werden. «Die Landwirtschaft ist nicht ein-

fach eine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern aufs Engste mit dem Leben und Überleben auf der Erde verknüpft.» (La Via Campesina)

Ernährungssouveränität wird inzwischen von einem breiten politischen Spektrum eingefordert. Das schweizerische Landwirtschaftsgesetz nimmt genauso darauf Bezug wie die im Februar lancierte Initiative «Für Ernährungssicherheit» des Schweizer Bauernverbandes (SBV). Dabei steht allerdings die «einheimische Produktion» im Vordergrund, eine protektionistische Einschränkung des Konzepts, das vielmehr in erweitertem Sinne als «kooperative Ernahrungssouveränität» (Bürgi) verstanden werden muss.

Vor kurzem hat die Grüne Partei der Schweiz ihre «Volksinitiative für nachhaltig produzierte Lebensmittel» lanciert, um mittels Importrichtlinien die sozial- und umweltverträgliche Produktion im In- und Ausland zu fördern. Ein Unterfangen, das sich angesichts des sich abzeichnenden nordatlantischen Abkommens über Handel und Investitionen (TTIP) zwischen der EU und den USA als schwierig herausstellen könnte, dürfte es für die Schweiz doch schwierig werden, eine autonome Landwirtschaftspolitik zu betreiben.

Die UNO hat 2014 zum «Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe» erklärt: «Ziel ist es, das internationale Bewusstsein für landwirtschaftliche Klein- und Familienbetriebe zu stärken und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bei ihrem Beitrag zur Reduktion von Hunger und Armut zu unterstützen.» Seit dem Weltagrarbericht von 2008 ist bekannt, dass die Produktivität der kleinbäuerlichen Landwirtschaft deutlich höher ist als die agroindustrielle Produktion. Ausserdem schafft sie viel mehr Arbeitsplätze. Trotz diesen Kenntnissen und entgegen den Zielen des UNO-Jahrs geht die Landwirtschaftspolitik in der Schweiz und in Europa (GAP) permanent in Richtung Konzentration der Produktion in mechanisierten Grossbetrieben. Täglich müssen Bauernhöfe aufgegeben werden, obwohl Bauer und Bäuerin – oft in einer Care-Doppelbelastung – sich bis zum Äussersten abrackern. Die Aufsätze im ersten Teil unseres Themenschwerpunkts belegen diese Probleme auf eindrückliche Weise.

Ernährungssouveränität hat längst auf die Städte übergegriffen. Ob dabei das Urban Gardening neue Perspektiven eröffnet, hängt wesentlich davon ab, inwiefern es gelingt, solche neue Formen der Nahrungsmittelproduktion in einen weiteren gesellschaftlichen Kontext einzubeziehen. Letztlich können Hunger und Unterernährung nur durch eine doppelte Demokratisierung (Rist) des globalen Ernährungssystems überwunden werden: durch eine partizipative, demokratische Mitbestimmung über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Nahrungsmittelproduktion.

Im Februar 2014, die Redaktion